

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Beleglohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftstzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 gespaltene Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 196.

Dresden, Mittwoch den 26. August 1914.

25. Jahrg.

Das Ziel der deutschen Politik.

Schon wiederholt haben in den letzten Wochen chauvinistische Blätter, vom Siegesüberdruß beirrt, die Forderung einer gewalttätigen Eroberungspolitik erlassen. Wir haben derartige Äußerungen zunächst beiseite gelassen, weil wir den dringenden Wunsch haben, daß in der jetzigen ernstesten Zeit polemische Auseinandersetzungen in der Presse unterbleiben und weil wir erwarten dürfen, daß die Regierungsbehörden jenen Äußerungen, wenn sie allzu weit gehen und gefährlich werden sollten, entgegenzutreten würden. Tatsächlich sind auch die Behörden in mehreren Fällen nachdrücklich eingeschritten. Gerade internationalistische und chauvinistische Zeitungen, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung, verfielen der behördlichen Beschlagnahme, weil sie Mitteilungen brachten, die das Ausland, besonders die neutralen Staaten, gegen die deutsche Politik in Harnisch bringen könnten.

Leider aber scheint selbst der gute Wille der Behörden nicht überall hinreichend, um dem blind wütenden Chauvinismus die Zügel anzulegen. Selbst ein Blatt wie der Berliner Lokal-Anzeiger, der sich einflußreichster Verbindungen rühmt, hält es in der gegenwärtigen Stunde für erlaubt und angemessen, mit lautem Alarm die Annexion von Belgien zu fordern. Im Anschluß an die Mitteilung von der Einsetzung eines deutschen Gouverneurs in den von unseren Truppen besetzten Teilen von Belgien schreibt das genannte Blatt:

„In zahlreichen Zuschriften, die wir in den letzten Tagen erhielten, wird die Forderung erhoben, daß ganz Belgien deutsch werden müsse. Einzelne Leser wieder glauben uns zur Vorsicht mahnen zu müssen. Man solle das Fell des Bären nicht verteilen, ehe er erlegt sei. Nun, dieser Bär ist erlegt, und wir wüßten wirklich nicht mehr, was uns hindern sollte, ...“

Durch dieses dreifache Wort bekundet das Berliner Blatt lebendig seine eigene Jäglosigkeit und seine Abicht, unter Umständen auch im Gegensatz zu den verantwortlichen Regierungskreisen für eine wilde Eroberungspolitik Stimmung zu machen. Hiergegen aber erheben wir von vornherein entschiedensten Einspruch — im Interesse des ganzen deutschen Volkes.

Wir setzen ganz davon ab, wie töricht es ist, jetzt bereits das Fell des Bären verteilen zu wollen. Jeder Vernünftige weiß, daß es eine verhältnismäßig leichtere Aufgabe war, Belgien zu überwinden. Die viel schwerere Arbeit gegen die französischen Armeen steht unseren Truppen noch bevor und erst von ihrer Lösung hängt auch militärisch das Geschick Belgiens ab. Aber gewiß haben wir die Zuversicht, daß unsere Truppen gegen Franzosen und Engländer siegreich sein werden und daß Belgien der deutschen Macht nicht wieder entzogen werden kann. Auch in diesem Falle ist es eine ausgesprochene Unsinnsfrage, die Abicht der dauernden Annexion Belgiens in die Welt hinauszutrompeten. In den wenigen europäischen Staaten, die in diesem Kriege noch neutral verblieben, muß die Feindesweg über alle deutschfreundliche Stimmung durch die Erkenntnis, daß Deutschland weitgehende Eroberungspläne verfolgt, vollends verschlechtert werden. Es werden neue Gefahren für unser Land leichtsinnig heraufbeschworen.

Aber nicht nur wegen ihrer großen taktischen Torheit sind jene chauvinistischen Äußerungen zu verwerfen, sondern noch viel mehr aus grundsätzlichen Erwägungen. Belgien ist in seinem weit überwiegenden Teile französisch sprechendes Land, die belgische Bevölkerung ist nach Temperament und Lebensgewohnheiten französisch. Die Annexion Belgiens würde die Aufnahme zahlreicher fremdsprachiger und national andersgearteter Elemente bedeuten, die nur mit Gewalt in den Rahmen des Deutschen Reiches eingepreßt werden könnten. Das wäre nicht eine nationale Verbesserung für Deutschland, sondern eine verhängnisvolle Vermehrung der inneren Schwierigkeiten. Auch würde dadurch die Fortdauer der europäischen Anarchie auch nach dem jetzigen Kriege zur traurigen Gewißheit werden. Der gegenwärtige Krieg würde dann nicht das Ende, sondern der Anfang einer ganzen Reihe von Kriegen werden.

Wir vertrauen darauf, daß die maßgebenden Staatsleiter, das insbesondere der Kaiser und der Reichskanzler den Annexionsplänen, wie sie in den Blättern auftauchen, kühl und ablehnend gegenüberstehen. Zweifellos aber sind starke Strömungen in Bewegung, um die Regierung auf die Bahn

der Eroberungspolitik zu drängen. Es ist unsere Pflicht, zur Besonnenheit zu mahnen und einer äußerst gefährlichen Entwicklung der Geschehnisse vorzubeugen.

Gegen den Jarrismus.

Der Vorwärts führt aus:

Von Anfang an war es klar, daß, sobald die Geleise des Krieges allein mehr gelten, der erste Stoß gegen Rußlands Bundesgenossen geführt werden müßte. Den militärischen Sachverständigen schien es unermessliche Notwendigkeit, zuerst Frankreich niederzurufen, um dann im Verein mit Oesterreich gegen Rußland vorgehen zu können. Und in diese Notwendigkeit mußten sich auch jene fügen, die das furchtbare Verhängnis betrauern, das zwei Kulturvölker zu diesem mörderischen Ringen treibt. Aber strategische Notwendigkeiten sind nicht ohne Einfluß auf das politische Ergebnis. Daß Frankreich besiegt wird, ist militärisch das erste Gebot. Politisch aber ist die dringendste Notwendigkeit die Niederwerfung und Vernichtung des Jarrismus. Die strategische Notwendigkeit soll aber die höhere politische nicht verhindern und sie wird es nicht tun, wenn die Leiter der Geschicke des deutschen Volkes dieses politische Ziel sich klar bewußt sind. Die Besiegung der Bundesgenossen Rußlands ist notwendig, weil sie Bundesgenossen des Jarrismus sind. Aber sie ist nur soweit notwendig, um sie zu vernichten, die Niederwerfung des Jarrismus aufzuhalten. Wie Bismarck 1866 dem besiegten Oesterreich die goldene Brücke baute, auf der es den Weg zur Bundesgenossenschaft betreten konnte, so muß auch jetzt der Weg zur Verständigung zwischen den großen Kulturnationen offen bleiben. Wir müssen deshalb eine Politik ins Auge fassen, die nicht durch Eroberungen und Strömungen der Einheit und Unabhängigkeit anderer Nationen die verhängnisvolle Feindschaft mit den Westmächten verewigt und dadurch Rußlands Stellung selbst noch seiner Niederlage wieder zur furchtbaren und unerträglichen des Schiedsrichters Europas machen würde. Nein, unser Feind bleibt der Jarrismus, und nichts ist schrecklicher als der Gedanke, daß unsere Kräfte im Westen so sehr und so lange gebunden blieben, um nicht rechtzeitig den Kampf im Osten zum siegreichen Austrag bringen zu können. Gelänge es nicht, den Jarrismus niederzurufen, würde die strategische Notwendigkeit die politische in den Hintergrund drängen, dann könnte, was immer die Absichten der Herrschenden seien, das schließliche Ergebnis statt eines Zusammenstoßes der Kulturnationen zu einer Wiederkehr der „Heiligen Allianz“ führen, in der der Jarrismus wieder den beherrschenden Einfluß hätte, eine Rückkehr also der österreichischen und deutschen Politik in Bahnen, die gerade dieser Krieg auf immer unmöglich machen sollte. Dann

verbre dieser Krieg jede Rechtfertigung und er brächte die Gefahr, daß auch die jetzt Neutralen sich dagegen erheben, dann wäre dieser Krieg, selbst wenn er zunächst erfolgreich beendet wäre, nur das Vorbild zu einer neuen noch furchtbareren Auseinandersetzung.

Rein, nicht auf Eroberung und Aufrichtung einer neuen Welt Herrschaft an Stelle der englischen und zaristischen, sondern auf die Befreiung der Nationen soll dieser Krieg gerichtet sein. Befreiung vom Moskowitertum, Freiheit und Unabhängigkeit für Polen und Finnland, freie Entwicklungen für das große russische Volk selbst, Lösung des unnatürlichen Bündnisses zweier Kulturnationen von der zaristischen Barbarei, das war das Ziel, das das deutsche Volk begeistert und opferbereit gemacht hat. Daß dies das Ergebnis werde, darüber hat die Politik jetzt zu wachen.“

Eduard Bernstein schreibt in einem Artikel der Chemnitzer Volksstimme:

Wir hoffen, daß Deutschland siegt und wollen niemandes Zwang in den Sieg der deutschen Seele beirren. Aber wir können es nicht stillschweigend geschehen lassen, daß diesen Krieg durch prahlerische Anfälligkeiten, was Deutschland anneklieren werde, wenn es siegt haben wird, der Charakter eines ihm aufgedrungenen Verteidigungskrieges genommen wird.

Vergessen diejenigen doch nicht, die solche geschrieben, daß jede Drohung dieser Art in die Welt hinaus geht und das Arsenal der Anfeindung Deutschlands verstärkt. Wir haben genug an dem Unheil, das die Oesterreich-Literatur und die ihr verwandten Reden in dieser Hinsicht angerichtet haben. Mögen diejenigen, denen die Stimme des Sozialdemokraten beifallen mag, den „Wir müssen liegen“ überschriebenen Artikel nachlesen, den das Berliner Tageblatt aus der Feder Georg Gatheins gebracht hat und worin einmütig gegen das Gerede von Annexionen Stellung genommen wird. Nichts kann jenes Gerede rechtfertigen, nichts es auch nur entschuldigen. Nicht einmal unter dem Gesichtspunkte der Straßandrohung hat es Sinn. Denn dieser Krieg wird Strafe genug für alle Nationen, die an ihm teilnehmen, wie immer sich Schuld oder Nichtschuld unter ihnen verteilt. Das Gerede von Annexionen kann ihn nur verdümmern oder verlängern. Das Interesse aller beteiligten Völker spricht aber dafür, daß er so schnell wie möglich sein Ende findet.

Wie die Strategie der Heerführer auf dieses Ziel gerichtet ist, so muß es auch das Verhalten der zivilen Bevölkerung und ihrer Presse sein. Wir Deutschen rühmen uns, frei von den hysterischen Anwandlungen romanischer Völker zu sein. Es ist aber gar manches in diesen Tagen bei uns geschehen, das nicht viel anderer Art ist. Unsere Stellung in der Welt ist jedoch eine solche, daß sie uns diesen Luxus nicht erlaubt. Wir müssen alles aufbieten, das Vertrauen der Völker zu gewinnen. Dazu ist aber nichts ungeeigneter als Drohen und Schimpfen.“

Die österreichische Offensive an der Weichsel. — Ein Sieg bei Krasnit. Deutsche Verwaltung in Belgien.

Wien, 25. August. (W. L. W.) Das Kriegsquartier meldet amtlich: Die dreitägige Schlacht bei Krasnit endete gestern mit einem vollen Siege unserer Truppen. Die Russen wurden aus der ganzen, etwa 70 Kilometer breiten Front geworfen und haben fluchtartig den Rückzug gegen Lublin angetreten.

Krasnit liegt im Süden von Lublin, der Hauptstadt des gleichnamigen Gouvernements. Die Schlacht hat sich also im südlichen Teile Russisch-Polens abgepielt, und zwar in einem Gelände, dessen Hochplateau von der Weichsel und kleineren Nebenflüssen durchschnitten wird.

Die Schlacht gehört offenbar zu dem entscheidenden Ringen, das sich um Lublin abspielt, denn mit der Besiegung Lublins kommt nicht nur eine der schönsten und größten Städte Russisch-Polens in die Hände der Verbündeten, sondern der Besitz der Stadt öffnet auch die Wege zum Vorstoß gegen Warschau.

Ehe die vorstehende Siegesnachricht eintraf, wurde ein Telegramm veröffentlicht, das über den kampfreichen österreichischen Aufmarsch berichtet, der dem Sieg bei Krasnit vorausging:

Wien, 25. August. Das Kriegspressquartier meldet: Die Offensive unserer Truppen beiderseits der Weichsel bringt unaussprechlich vor. Westlich des Flusses überschritten unsere

Kräfte im Anschluß an die deutschen Verbündeten unter heftigen Kämpfen die Dnyazna und erreichten gestern den Abschnitt des Kamionkafusses zwischen Kielec und Radom. Westlich der Weichsel warfen unsere Heere sich vordringenden Kräfte am 23. August bei Krasnit auf dem Wege nach Lublin eine starke Gruppe zweier russischer Korps zurück. Über 1000 Russen, darunter viele Offiziere, fielen unterworfen in unsere Hände. Eine Anzahl Fahnen, Maschinengewehre und Geschütze wurden erbeutet. Ein Vorkoß von 20000 Russen gegen die Grenze der Bukowina wurde bei Komolitska vollständig zurückgeschlagen. Dem Feinde wurden mehrere Hundert Gefangene abgenommen. In überstürztem Rückzuge ließen sie auf dem Kampfplatz viele Kriegsgeräte zurück. (W. L. W.)

Der deutsche Gouverneur in Belgien.

Berlin, 25. August. (W. L. W.) Mit der Verwaltung der okkupierten Teile des Königreichs Belgien ist von Sr. Majestät dem Kaiser unter Ernennung zum Generalgouverneur der Generalfeldmarschall Freiherr v. d. Golz beauftragt worden. Die Zivilverwaltung ist dem zum Verwaltungschef ernannten Regierungspräsidenten v. Sandt in Kachen übertragen worden, dem für die Dauer seiner Tätigkeit das Präsidat Erzherzog beigelegt ist.